

Funkmast nimmt die Aussicht

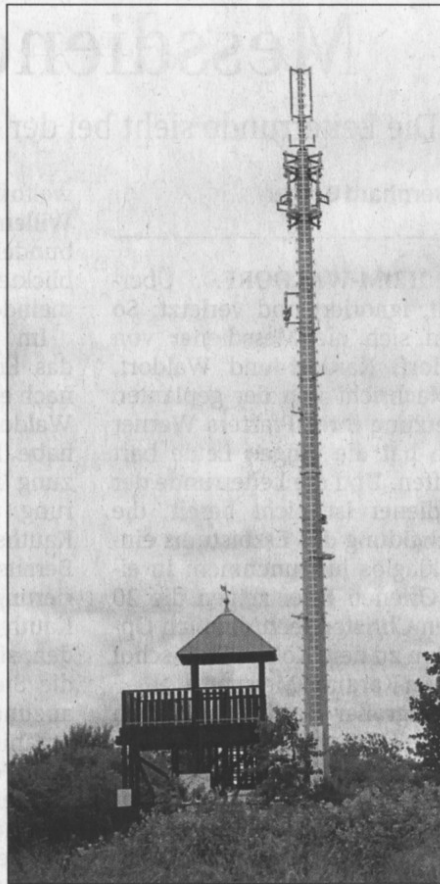
Ortsvorsteher von Bornheim und Brenig wollen wissen, wie es zu dem Bau kommen konnte

Von Werner Meyer

BORNHEIM. „Das verschandelt das Gelände und behindert den freien Ausblick vom Aussichtsturm.“ Heinz-Joachim Schmitz und Heinrich Hönig sind sauer. Die Ortsvorsteher von Bornheim und Brenig verurteilen den Bau eines Funkmastes direkt neben dem Aussichtsturm des Landschaftsschutz-Vereins Vorgebirge (LSV). Wie berichtet, hatte das Land Nordrhein-Westfalen direkt neben dem LSV-Turm den mehr als zehn Meter hohen Mast errichtet, ohne dass der LSV von diesem „Nachbarn“ etwas gewusst hatte.

Die Stadtverwaltung hatte den Funkturm für die Polizei genehmigt, da im entsprechenden Antrag der Aussichtsturm nicht eingetragen war, hieß es aus dem Rathaus. Als „Hau-Ruck-Maßnahme“ bezeichnen Schmitz und Hönig das Vorgehen des Landes. Der Turm steht inzwischen seit einem Monat, einige Bürger haben sich auch schon beim LSV beschwert.

Mit Empörung und Unverständnis reagieren nun Schmitz und Hönig auf den Bau der Funkmastanlage zwischen Bornheim und Brenig. „Dass ich erst von der Presse darüber informiert wurde, ist ein Skandal“, so Hönig. Beide



„Nachbarn“: Aussichtsturm und Sendemast bei Brenig.

FOTO: HENRY

Ortsvorsteher haben Bürgermeister Wolfgang Henseler und den Technischen Beigeordneten Manfred Schier aufgefordert, einen detaillierten Bericht vorzulegen und zu erläutern, wie es zu diesem Bau kommen konnte. Darüber hinaus soll der Bürgermeister den zuständigen Ausschuss informieren, „ob eine Versetzung des hässlichen Mastes möglich ist“, erklären Hönig und Schmitz weiter.

Der Technische Beigeordnete erläuterte auf Anfrage des General-Anzeigers: „Ob der Funkmast versetzt werden kann, ist offen. Wir werden rechtliche Möglichkeiten prüfen und dann den Ausschuss informieren. Vielleicht sollte man auch darüber nachdenken, ob es leichter ist, den Aussichtsturm oder den Sendemast zu versetzen. Wie gesagt: Wir prüfen noch alle Umstände und Möglichkeiten. Dazu werden auch noch einige Gespräche zu führen sein.“

Das bestätigte auch Bürgermeister Wolfgang Henseler: „In dem Bauantrag fehlten wichtige Informationen, zum Beispiel war der Aussichtsturm gar nicht eingezeichnet. Deshalb wurde die Baugenehmigung unter falschen Voraussetzungen erteilt. Ob das rechtliche Konsequenzen hat, wird noch geprüft. Genauer lässt sich aber im Moment noch nicht sagen.“